

## Stellungnahme der Fachschaft Politik zur Besetzung der Alten Uni

Die FS Politik wurde von den Organisatoren des Bildungsstreiks, dem Dekan der Fakultät der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften und der FSK aufgefordert, eine Stellungnahme bzgl. der Besetzung des Rektorats im Gebäude der Alten Universität abzugeben.

Die Woche des Bildungsstreiks hat es ermöglicht, dass betroffene Parteien sich über lange existierende Probleme des Bildungssystems im allgemeinen und der Uni Heidelberg im besonderen in einem konstruktiven pluralistischen Diskurs austauschen können.

Die FS Politik weist nachdrücklich auf die Notwendigkeit eines paritätischen Dialogs über die Mißstände an der Uni Heidelberg hin.

Der Besetzung der Alten Uni als Aktionsform zur Problematisierung der Inhalte steht die FS Politik gespalten gegenüber.

Trotz der Uneinigkeit in Bezug auf die laufende Besetzung möchte die FS Politik unterstreichen, dass einige Probleme, die im Forderungskatalog der Mitwirkenden des Bildungsstreiks enthalten sind, sehr wohl eine hohe Relevanz haben. Darüber hinaus spiegeln die artikulierten Forderungen unserer Meinung nach die Interessen und Bedürfnisse der Mehrheit der Studierendenschaft wieder.

Zum Ersten betonen wir die Notwendigkeit demokratischer studentischer Partizipation auf allen Ebenen der universitären Selbstverwaltung zu stärken. Deswegen unterstützen wir die Forderungen nach Einrichtung eines allgemeinen uniweiten studentischen Organs mit juristischer Person, Reformierung des Senats und Einführung von Institutsräten mit viertelparitätischer Besetzung.

Am IPW gelingt es uns, trotz einer fehlenden institutionellen Verankerung der studentischen Partizipation, die Interessen der IPW-Studierenden zu vertreten und am Informationsfluss teilzunehmen. Es ist uns bewusst, dass dies kein Regelfall ist, deswegen befürworten wir einen formell festgeschriebenen Institutsrat, in denen studentische Interessen vertreten werden können.

Zum Zweiten ist die Transparenz der Entscheidungsfindung auf allen Ebenen unabdingbar. Am IPW ist das bereits teilweise durch Veröffentlichung der Studiengebührenverwendungspläne verwirklicht. Dies sollte unserer Ansicht nach von alle Gremien praktiziert werden. Die Offenlegung von Protokollen, Beschlüssen und dem universitären Haushalt ist ein wesentlicher Bestandteil einer transparenten Hochschule.

Auch die Forderungen nach mehr öffentlichen Gremiensitzungen und Einführung einer regelmäßigen Rektoratssprechstunde bejahen wir entschieden.

Die Fachschaft Politik hofft, dass die weitere Auseinandersetzung im Rahmen eines konstruktiven Dialogs geführt wird und nicht nach dem Ende der Bildungsstreikwoche in Vergessenheit gerät.